



Prot. Nr. EIL/32.01.01/633877

Bozen, 2. November 2010

Bearbeitet von:
Dr. Elisabeth Lageder
Tel. 0471 417605
elisabeth.lageder@schule.suedtirol.it

An die
Direktorinnen und Direktoren
Aller Schulstufen

An die
Schulsekretärinnen und Schulsekretäre
Aller Schulstufen

Rundschreiben Nr. 40/2010

Beschluss der Landesregierung Nr. 1655 vom 11.10.2010 betreffend die Kriterien für die Zuweisung von Fonds an die Schulen (gültig ab Haushaltsjahr 2011)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1655 vom 11.10.2010 sind die neuen Erfordernisse und Bestimmungen im Bereich Zuweisungen von Fonds für den ordentlichen und außerordentlichen Lehr- und Verwaltungsbetrieb sowie für andere Dienste festgelegt worden.

Nachstehend die wesentlichen Änderungen zu den bisher geltenden Bestimmungen:

- Das Dekret des Landeshauptmanns vom 7. Januar 2010, Nr.2 sieht einen Spesenausgleich für die Benutzung von Gebäuden, Einrichtungen und Anlagen für außerschulische Tätigkeiten vor. In den neuen Kriterien ist ein fester Betrag von 200,00 Euro je Schulgebäude festgelegt worden. Die Turnhallen sind in A2 (Einfachturnhallen) – 400,00 Euro, B3 (Zweifachturnhallen) - 700,00 Euro und B1 (Dreifachturnhallen) – 1.000,00 Euro klassifiziert worden. Für eine Aula mit mehr als 100 Sitzplätzen ist ein Ausgleich von 400,00 Euro festgelegt worden;
- die Schulämter können von der ordentlichen Zuweisung jene Ausgaben abziehen, welche von der Landesverwaltung aufgrund von Verträgen für Lieferungen und Dienstleistungen für die Schulen übernommen werden;
- damit die Unterstützung von Schülern mit Migrationshintergrund gezielter erfolgen kann, fallen ab jetzt die entsprechenden Zuweisungen unter die zweckgebundenen Zuweisungen. Je Schüler ist ein Betrag von 150,00 Euro vorgesehen und für Schulen mit mehr als 15 Schülern 2.000,00 Euro;
- die Schülerbeiträge legt der Schulrat auf Grund des Jahrestätigkeitsprogrammes am Beginn des Schuljahres für alle Tätigkeiten fest. Unterschieden wird zwischen Ausgaben für Verbrauchsmaterial, unterrichtsbegleitende Tätigkeiten und Ausgaben im Wahlbereich.

Für das Verbrauchsmaterial kann im Laufe der fünf Jahre der Grundschule ein Höchstbetrag von 150,00 Euro, der drei Jahre Mittelschule ein Höchstbetrag von 150,00 Euro und im Laufe der fünf Jahre Oberschule ein Höchstbetrag von 300,00 Euro bestimmt werden. Sollte eine besondere Fachrichtung mit praxisbezogenem Unterricht zusätzliche Mittel erfordern, kann bis höchstens 500,00 Euro aufgestockt werden.



Bei unterrichtsbegleitenden Veranstaltungen wird auf den Grundsatz der Sparsamkeit und Angemessenheit hingewiesen, mit besonderer Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten der Familien. In diesem Bereich ist kein Höchstbetrag vorgesehen.

Im Wahlbereich ist darauf zu achten, dass der Schülerbeitrag nie für Ausgaben für die unterrichtende oder begleitende Person eingehoben werden kann sondern nur für Verbrauchsmaterial, Eintritte, Transporte usw. Für Schüler mit finanziellen Problemen kann der Beitrag reduziert oder aufgehoben werden.

Alle diesbezüglich bereits gefassten Beschlüsse des Schulrates bleiben für dieses Schuljahr aufrecht.

- der Höchstsatz für die Beauftragung von nicht zur Landesverwaltung gehörenden Personen ist je Unterrichtsstunde auf 35,00 Euro brutto erhöht worden.

Mit freundlichen Grüßen

Der Schulamtsleiter
Dr. Peter Höllrigl

Anlage

Beschluss Nr. 1655 vom 11. Oktober 2010